



# BILDUNGSZEITUNG

DER SOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN ARBEITERJUGEND

[ Arbeiterjugendpolitik ]



## >> Einleitung

Liebe Genossinnen und Genossen!

Hier ist sie also, die neue Bildungszeitung zur Arbeiterjugendpolitik. Et was später zwar als geplant, aber wir hoffen dafür um so lehrreicher. Wie immer besteht die Bildungszeitung aus drei Abschnitten, die Ihr entweder an drei Gruppenabenden oder aber an einem Wochenendseminar diskutieren könnt. Im Anschluss an jeden Abschnitt findet Ihr Arbeitsfragen, die Euch die Diskussion erleichtern sollen. Der erste Abschnitt beschäftigt sich mit der Frage der Definition von Arbeiterklasse und

Arbeiterjugend; ein Thema, das wir ja auch auf dem Bundeskongreß kontrovers diskutiert haben. Hier halten wir es für sinnvoll, uns vor der AJP-Kampagne noch einmal ein gemeinsames Verständnis zu erarbeiten. Im zweiten Abschnitt geht es dann um die Geschichte der Arbeiterjugendbewegung bzw. um ökonomische und soziale Kämpfe der Arbeiterjugendbewegung von ihrem Entstehen bis zur Novemberrevolution. Der dritte Abschnitt behandelt dann die prinzipielle Funktion der

Ausbildung, ihre geschichtliche Entwicklung sowie die aktuelle Situation. Dieser Abschnitt ist sicherlich der für unsere unmittelbare Kampagnenvorbereitung Interessanteste. Bei Fragen, Wünschen nach zusätzlicher Literatur sowie Tipps für Referenten könnt Ihr Euch an die Bildungs-AG des Bundesvorstandes wenden. Soweit erstmal, viel Spaß beim Lesen und Diskutieren wünscht Euch

Niels (FÜ) für die Bildungs-AG

## >> Definition Arbeiterjugend / Arbeiterklasse

Als dieser Artikel für die Bildungszeitung entstanden ist hatten sich die Arbeiter bei Opel in Bochum gerade dazu entschlossen ihren Streik nach sechs Tagen vor erst zu beenden. In sechs Tagen verursachten sie Produktionsausfälle in Millionenhöhe für den Mutterkonzern General Motors und sorgten dafür, dass an anderen Opelstandorten die Produktion auf Grund von Teilemangel zurückgefahren werden musste. In sechs Tagen zeigten sie, dass es die Arbeiterklasse und ihr mächtigstes Kampfmittel, den Streik, noch gibt. Und dass ist sicherlich viel wichtiger. Hat es den Konzernherren doch bewiesen: es ist noch nicht alles im Angriff auf die abhängig Beschäftigten möglich. Der Gewerkschaftsführung wurde ihre wankelmütige Haltung vor Augen geführt. Das hat zur Folge, dass der IG Metall Vorsitzende Peters in Kommentaren den Streik als Kampfmittel zum Erhalt von Arbeitsplätzen als legitim bezeichnet hat.

*„Jeder Streik erinnert die Kapitalisten daran, dass die wahren Herren nicht sie sind, sondern die Arbeiter.... Jeder Streik erinnert die Arbeiter daran, dass ihre Lage nicht hoffnungslos ist, dass sie nicht allein stehen...“* (Lenin, Über Streiks, Werke IV, S.310.)

Es gibt das unbekannte Wesen also noch und wenn es erst mal in Bewegung kommt kann es auch einiges bewegen. Die SDAJ liegt also nicht ganz so falsch auf die Arbeiterklasse zu orientieren. Auch wenn sie im Moment wieder in den Kinderschuhen steckt und sich ihrer Kraft und historischen Mission noch nicht bewusst ist. Es lohnt sich allerdings genauer hinzusehen. Denn wenn sie nicht gerade in einen „wilden“ Streik tritt, ist von der Arbeiterklasse in der Öffentlichkeit ja nicht viel mitzubekommen. Warum sie auch Arbeiterklasse ist wenn sie still und leise in den Betrieben die Profite der Unternehmer vermehrt, soll hier als erstes

nochmal nachgewiesen werden.

Zu Beginn muss man festhalten, dass es dabei um eine Abstraktion, eine Verallgemeinerung geht, die nur ganz grobe Überbegriffe herausstellt. Es ist von daher nur möglich mit dieser Definition eine Gruppe von Menschen zu beschreiben. Gerade an den „Rändern“ der Definition ist eine Einordnung von Einzelnen kaum möglich. Dies gilt übrigens auch für die folgenden Abschnitte.

*„Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion,...“*

Lenin geht in seiner Definition davon aus, dass die Stellung der Menschen zueinander grundsätzlich von der jeweiligen Art und Weise, wie in einer Gesellschaft produziert wird abhängt. In der Produktion gehen

die Menschen zwangsläufig Verhältnisse zueinander ein, die Produktionsverhältnisse. Diese sind beständig kleineren oder größeren Veränderungen unterworfen, die sich aus dem jeweiligen Stand der Maschinen, Werkzeuge, Technik, Wissensstand der Menschen, eben den Produktivkräften ableitet. Diese Verhältnisse der Menschen in der Produktion werden von drei Unterscheidungsmerkmalen bestimmt. „... (nach ihrem größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten Verhältnis zu den Produktionsmitteln,...“

Das Hauptkriterium zur Unterscheidung der Klassen ist also der Besitz oder eben Nichtbesitz von Produktionsmitteln, sprich den Fabriken, Maschinen, Rohstoffen, etc. Es kommt nicht darauf an ob ein Mensch in eine Fabrik geht um zu arbeiten und dabei einen Blaumann trägt, sondern wem die Fabrik gehört. Gehört dem Menschen nur eine Bohrmaschine, so hat er keinen Anspruch auf die gesellschaftlich entscheidenden Produktionsmittel, die vor allem in Fabriken zusammengefaßt sind. Diese Menschen werden im Kapitalismus zur Arbeiterklasse oder dem Proletariat, zur nichtbesitzenden Klasse gezählt. Im Gegensatz dazu stehen die Kapitalisten oder Bourgeois, als Klasse der Produktionsmittelbesitzer.

„... nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit...“

Wer nun aber die Produktionsmittel besitzt, kann auf dieser Grundlage auch entscheiden, was damit passieren soll. Die Kapitalisten bestimmen was in dieser Gesellschaft produziert und vor allem wie es produziert wird. Dies tun sie auch nicht nach Jux und Tollerei, sondern eben nach dem Profitprinzip, es wird produziert womit sich Gewinn machen läßt. Dazu setzen die Kapitalisten auf den verschiedenen Ebenen Beauftragte ein, die nach ihrem Willen die Produktion organisieren und leiten. Je höher jemand auf den Stufen der Karriereleiter aufgestiegen ist, desto weniger Befehle empfängt er, desto mehr Befehle erteilt er. Die modernen Manager von heute besitzen meist keine Produktionsmittel, leiten und organisieren aber den gesamten Ablauf der Fabrik. Von da-

her müssen sie zur Bourgeoisie gezählt werden und nicht zu den Arbeitern, die die Befehle ausführen müssen.

„... und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen.“

Je nachdem an welcher Stelle der Befehlskette man also steht ist auch das Einkommen unterschiedlich. Während Arbeiter und Angestellte Lohn und Gehalt von oben zugeteilt bekommen, können die Manager in den Aufsichtsräten über ihr Einkommen selbst bestimmen. Dabei sind sie meist sehr großzügig im Unterschied zu den Tarifverhandlungen, wo es immer darum geht möglichst keine Lohnsteigerungen zuzulassen. Klassen und Ausbeutung sind damit zwei Seiten einer Medaille. Mit den Klassen muss die Ausbeutung verschwinden und mit dem Ende der Ausbeutung verschwinden die Klassen.

„Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit einer anderen aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft.“ (Lenin: „Die große Initiative“, LAW Bd.5, S.164f)

Im Kapitalismus existieren, unabhängig davon ob sich die Menschen dessen bewusst sind oder nicht, also zwei Hauptklassen, nämlich Arbeiter- und Kapitalistenklasse. Dazwischen existieren Mittelschichten, auf die unten weiter noch einmal etwas näher eingegangen werden soll. Das hört sich ja jetzt erst mal sehr einfach an. Aber wie bei so vielem liegt auch hier der Teufel im Detail, den man untersuchen muss, wenn man aus seiner Analyse der Gesellschaft politische Handlungsorientierungen gewinnen möchte. Dazu noch mal zurück nach Bochum. Nicht nur Opel hat in den letzten Wochen einen massiven Stellenabbau angekündigt, sondern auch der Karstadt Konzern. Bei Karstadt wurde nicht gestreikt. Die Ursachen hierfür sind sicherlich sehr vielschichtig. Wir können aber einige entscheidende Unterschiede festhalten, die sich direkt aus den Be-  
reichen ergeben in denen die beiden

Konzerne tätig sind. Opel ist ein Großbetrieb der materiellen Produktion. An vier Standorten in Deutschland mit tausenden Arbeitern werden Autos hergestellt. Karstadt ist ein Großbetrieb des Handels der an sehr vielen Standorten mit teilweise einigen hundert Beschäftigten Waren verkauft. Aus der unterschiedlichen Struktur und Arbeitsbedingungen (bei Karstadt sehr viel Teilzeitarbeit und Aushilfskräfte) ergibt sich für Opel ein sehr viel höherer Gewerkschaftlicher Organisationsgrad. Vor allem aber bei einem imaginären Streik bei Karstadt werden die Unterschiede noch einmal deutlich. Wenn in einem Opelwerk die Bänder stillstehen, werden keine Waren produziert, was nach kürzester Zeit auch Einfluss auf andere Standorte hat und zu erheblichen Produktionsausfällen führt. Streikt die Belegschaft eines Kaufhauses, hat dies erst mal keinen Einfluss auf den Gesamtkonzern. Auch gibt es keine Produktionsausfälle, da ja nur verkauft wird und den meisten Waren egal ist ob sie heute oder nächste Woche über die Theke gehen. Deshalb ist es für eine politische Orientierung wichtig auch innerhalb der Arbeiterklasse noch einmal zu differenzieren.

Zum Industrieproletariat werden diejenigen Schichten der Arbeiterklasse gezählt, die in den so genannten Großbetrieben der materiellen Produktion arbeiten. Sie sind direkt mit der Schaffung von Werten beschäftigt, d.h. sie produzieren den Reichtum dieser Gesellschaft. Davon wird ihnen allerdings nur ein sehr kleiner Anteil gegeben. Sie sind der Teil, der objektiv, d.h. es muss den einzelnen nicht immer bewusst sein, die größte Einsicht in die kapitalistischen Verhältnisse hat. Daraus ergibt sich wiederum objektiv das größte und ehrlichste Interesse an einer Umgestaltung der Gesellschaft. „Die Kraft des Proletariats [Hier ist das Industrieproletariat gemeint] ist in jedem beliebigen kapitalistischen Land unvergleichlich größer als der Anteil der Proletarier an der Gesamtbevölkerung. Das kommt daher, daß das Proletariat Zentrum und Lebensnerv des gesamten kapitalistischen Wirtschaftssystems beherrscht, ferner daher,

daß es ökonomisch und politisch die wahren Interessen der überwiegenden Mehrheit der Werktätigen unter dem Kapitalismus zum Ausdruck bringt.

*Daher ist das Proletariat, selbst wenn es eine Minderheit der Bevölkerung bildet, (oder wenn der Klassenbewußte und wirklich revolutionäre Vortrupp des Proletariats eine Minderheit der Bevölkerung darstellt,) imstande, sowohl die Bourgeoisie zu stürzen als auch hinterher zahlreiche Verbündete aus jener Masse der Halbproletarier und Kleinbürger zu gewinnen, die sich nie und nimmer im Voraus für die Herrschaft des Proletariats aussprechen, die Voraussetzungen und Aufgaben dieser Herrschaft nicht verstehen und sich erst später aus eigener Erfahrung von der Unerläßlichkeit, der Richtigkeit und Gesetzmäßigkeit der proletarischen Diktatur überzeugen."* (LAW Bd. 5, S. 377)

Diesem Bereich nachgeordnet sind die mittleren und kleineren Betriebe der materiellen Produktion, die aus den oben genannten Gründen natürlich an Wichtigkeit für die gesamte kapitalistische Produktion abnehmen, weil dort weniger produziert wird. Ihre Relevanz im Klassenkampf sinkt auch durch die geringere Zahl an Beschäftigten, die organisiert kämpfen können. Arbeitet man mit dem Chef allein im Betrieb erscheint die gewerkschaftliche Organisation natürlich vollkommen überflüssig.

Hier muss z.B. auch das Baugewerbe und Handwerk eingeordnet werden. Zum einen wegen der geringeren Beschäftigungszahl an einem Ort, zum Anderen wegen der nach Betriebsgröße sinkenden Relevanz für die Produktion.

Gerade in Streiksituationen treten die Interessen der Arbeiter und die ihnen entgegengesetzten der Kapitalisten offen zu Tage. Deshalb ist allen diesen Bereichen der, zwar ideologisch verwischte, aber ins Auge springende Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit gemeinsam.

Neben der direkten Produktion von Waren und Werten, gibt es einen zweiten großen Bereich, der von bürgerlichen Ideologen immer gern als Dienstleistungssektor bezeichnet

wird. Darunter fallen alle Bereiche die mehr oder weniger mit der Zirkulation, dem Kreislauf von Waren und Geld und der Verwandlung von Waren in Geld und umgekehrt, zu tun haben. Daneben zählen dazu Einrichtungen zur Reproduktion der Arbeitskraft, z.B. das Gesundheitswesen. Der Begriff Dienstleistung ist für uns also äußerst unbrauchbar und wir müssen eigene Kriterien aufstellen.

Für die im Bereich der Zirkulation Beschäftigten muss in einen produktiven und einen unproduktiven Sektor unterschieden werden, was allerdings nichts mit guter oder schlechter Arbeitsleistung zu tun hat. Zum produktiven Sektor gehören diejenigen Bereiche der Produktion, die notwendig sind um Waren herzustellen, die aber nicht direkt in der Fabrik erledigt werden. Hierzu zählt vor allem der Transport z.B. von Rohstoffen. Dass diese Unterscheidung wichtig ist, wird an einem einfachen Beispiel deutlich. Mitte der 90er Jahre kam es in Frankreich zu einem längerem Streik der LKW Fahrer. Dabei wurden die Grenzübergänge blockiert. Dadurch kam es in Deutschland z.B. bei VW zu Produktionsengpässen, da erforderliche Teile, die aus Spanien geliefert wurden, nicht durchkamen. Dies hat zum Nachgeben der Kapitalisten beigetragen. Allerdings haben die Transportarbeiter einen entscheidenden Nachteil. Ihre Arbeit findet meist in nur kleinen Betrieben statt oder sie sind als LKW Fahrer ganz allein. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ist hier stark verdeckt und es gibt eine Reihe von problematischen Beschäftigungsverhältnissen, wie z.B. Scheinselbstständigkeit und Leiharbeit, was die Kampfkraft schwächt.

Der erste große Teil des unproduktiven Sektors ist der Bereich des Handels, also auch Karstadt. Auch hier werden die Arbeiter und Angestellten ausgebeutet, sie schaffen aber im Gegensatz zu den oben genannten Bereichen keinen Mehrwert. Dies scheint auf den ersten Blick ein Widerspruch zu sein, er ist bei genauerem Hinsehen sehr einfach zu lösen. Im Handel werden die Waren in Geld verwandelt. Die so-

genannten Handelskapitalisten werden durch die Ausbeutung ihrer Arbeiter in die Lage versetzt, von den Industriekapitalisten einen Teil des Mehrwerts, den das Industrieproletariat geschaffen hat, abzugeben. Der Fertigpizzahersteller gibt den Aldi-Brüdern also einen Teil seines Mehrwerts ab, damit die Fertigpizza in Geldscheine verwandelt wird. Für die dort Beschäftigten folgt daraus objektiv eine sehr schlechte Lage. Sie sind nicht an der kapitalistischen Produktion beteiligt und haben von daher auch sehr wenig Druckmittel in der Hand. Hinzu kommen schlechte Arbeitsverhältnisse, wie geringer Lohn, Arbeitszeiten etc. und viele kleine Kräfte in diesem Bereich der ein geschlossenes und damit machtvolles Auftreten der Arbeiterklasse in diesem Bereich stark behindert.

Der zweite Teil des unproduktiven Sektors der Zirkulation, das Bankwesen, ist vollkommen losgelöst von der materiellen Produktion. Das wirkt sich zum Einen auf die Druckempfindlichkeit hier aus, zum Anderen wirkt es sich erheblich auf das Bewußtsein der hier Beschäftigten aus. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit verschwindet hier vollkommen hinter dem Schleier des Geldfetischismus. Die Kampfbedingungen sind hier also denkbar schlecht.

Es gilt einen letzten Bereich genauer unter die Lupe zu nehmen. Den Bereich der Reproduktion des Kapitalismus. Da wäre zum Einen der Bereich der Verwaltung. Hier ist der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit vollkommen verwischt, weil die Angestellten bei staatlichen Institutionen arbeiten und dort eben Kapitalismus im weitesten Sinne verwalten. Im Gesundheitswesen oder bei der Müllabfuhr tritt der Widerspruch hingegen deutlicher auf und die Kampfbedingungen sind besser. Allerdings sind diese Bereiche vor allem für die Masse der Bevölkerung wichtig. Damit sind Streiks in diesem Bereich sehr anfällig für Propaganda der Kapitalisten, wie etwa: der Streik richtet sich gegen die Bevölkerung.

Die Mittelschichten stellen zusammen keine einheitliche Klasse dar. Zu ihnen gehören kleine Unternehmen, die nicht als Kapitalisten be-

trachtet werden können (kleine Handwerksmeister, Kaufleute usw.), die Mehrzahl der Bauern, die Gruppen der höheren Angestellten und Beamten, die mittlere Leitungs- und Kommandofunktionen ausüben, sowie die Angehörigen der Intelligenz, die über eine Spezialistenausbildung verfügen. Ihnen allen ist gemeinsam, dass ihre wesentliche Existenzgrundlage die eigene Arbeit ist. Grundlage dieser Arbeit ist aber - und das trennt sie von der Arbeiterklasse - entweder Kleinbesitz an Produktionsmitteln oder besondere, hervorgehobene Aufgaben in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit. Letzteres gilt besonders für die höheren Angestellten- und Beamtengruppen - wegen ihrer Leitungsfunktion - und die Intelligenz, also die Absolventen von Hoch- und Fachschulen mit entsprechenden Berufen (Lehrer, Ingenieure, Ärzte, Softwareentwickler, u.a.). Die Mittelschichten haben keine gemeinsamen Interessenlagen auf Grund ihrer sehr unterschiedlichen ökonomischen Situation. Sie sind im Kapitalismus ständigen Angriffen auf ihre Stellung ausgesetzt, was in der Tendenz dazu führt, dass die Mittelschichten immer wieder in die Arbeiterklasse zurückfallen. Es gibt allerdings immer auch wieder den Aufstieg von Teilen der Arbeiterklasse in die Mittelschichten. Sie schwanken deshalb politisch zwischen fortschrittlich und reaktionär hin und her, je nach Lage des Klassenkampfes, Stärke oder Schwäche der Arbeiterbewegung.

Der wichtigste Teil der Mittelschichten ist der werktätige Teil. Zu den werktätigen Menschen einer Gesellschaft gehören alle die durch ihre eigene Arbeit leben und nicht von der Ausbeutung anderer. Die Werktätigen sind also die Schnittmenge aus Arbeiterklasse, Bauern, Intelligenz und kleinen Warenproduzenten.

Es hat ohne Zweifel seit der Zeit von

Marx, Engels und Lenin wesentliche Verschiebungen in der Zusammensetzung der Klassen gegeben. Die Arbeiterklasse als ganzes ist gewachsen und wächst weltweit täglich mehr an. In den imperialistischen Hauptländern hat sich innerhalb der Arbeiterklasse allerdings der Anteil des Industrieproletariats verringert. Während wiederum Teile der Intelligenz näher an die Arbeiterklasse gerückt sind. Dies kann hier sicherlich nicht alles erörtert werden. Wichtig bleiben für uns zwei Dinge.

1. Das Industrieproletariat hat auf Grund seiner objektiven Stellung in der Produktion die besten Kampfbedingungen und das größte Interesse an der Überwindung des Kapitalismus. Die absolute Zahl des Industrieproletariats ist nebensächlich, es kommt auf das vorhandene Klassenbewusstsein an.



2. Im Verhältnis innerhalb der Arbeiterklasse und der Arbeiterklasse zu den übrigen Werktätigen ist das Industrieproletariat die Haupttriebkraft gegenüber der Klasse, wie die Klasse die Haupttriebkraft für die Werktätigen ist.

„Die Arbeiterklasse tritt beim politischen Streik als die führende Klasse des ganzen Volkes auf. Das Proletariat spielt in solchen Fällen die Rolle nicht einfach einer Klasse der bürgerlichen Gesellschaft, sondern die Rolle des Hegemons, d.h. des Leiters, des Vorkämpfers, des Führers...

Andererseits wird die Masse der Werktätigen niemals bereit sein, sich einen allgemeinen „Fortschritt“ des Landes vorzustellen ohne ökonomische Forderungen, ohne eine unmittelbare und unverzügliche Verbesserung ihrer Lage. Nur wenn die wirtschaftliche Lage des Arbeitenden verbessert wird, wird die Masse in

die Bewegung einbezogen, nimmt sie energisch an ihr Teil... Indem die Arbeiterklasse für eine Verbesserung der Lebensbedingungen kämpft, wächst sie zugleich sowohl moralisch als auch geistig und politisch, wird sie fähiger, ihre großen Freiheitsziele zu verwirklichen.“ (Lenin: "Wirtschaftlicher und politischer Streik", Werke XVIII, S.72f)

Für einen Jugendverband lohnt es sich aber noch mal einen Blick auf die Jugendlichen zu werfen. Als erstes muss man festhalten, dass Jugendliche keine Klasse bilden, auch wenn es die kapitalistischen Propagandisten manchmal im so genannten Generationenkonflikt hinstellen. Die Lebensbedingungen eines Azubi und eines Unternehmersöhnchens unterscheiden sich offensichtlich doch sehr grundsätzlich. Der eine ist

gezwungen seine Arbeitskraft zu verkaufen, der andere kann die Erbschaft

verprassen und es sich gutgehen lassen. Auch Jugendliche zählen also zu dieser oder jener Klasse ganz nach ihrer sozialen Stellung.

Damit ergibt sich, dass ein Großteil der Jugendlichen zur Arbeiterklasse gehört. Die Mehrzahl von ihnen sind während ihrer Schulzeit auf den Haupt- und Realschulen, ein kleiner Teil auf Gymnasien. Ganz wie es die PISA-Studie bewiesen hat. Der Geldbeutel der Eltern entscheidet über die Schulbildung der Kinder. Oder um es marxistisch zu sagen: Kinder aus der Arbeiterklasse landen wieder in der Arbeiterklasse. Auf Perspektive wird ein Großteil der Jugendlichen aus der Arbeiterklasse eine Ausbildung machen. Ein immer kleiner werdender Teil von Jugendlichen aus der Arbeiterklasse schafft es über das Gymnasium an die Hochschulen. Das ist für sie die Chance in die Mittelschichten

aufzusteigen.

Auch hier wird schnell klar, wer aus der Analyse eine politische Handlungsorientierung gewinnen möchte kann hier nicht stehen bleiben. Zu unterschiedlich sind die Interessen und Kampfbedingungen von Jugendlichen aus der Arbeiterklasse in der verschiedenen Bereichen.

In der Schule geht es vor allem um eine gute Allgemeinbildung und die Frage bekommt man eine Lehrstelle oder nicht. Kampfbedingungen sind denkbar schlecht. Kaum Organisation und schon gar keine Druckmittel. Ähnlich sieht es an den Universitäten aus. Studenten aus der Arbeiterklasse haben keine Eltern die ihnen das Studium finanzieren und müssen nebenher Arbeiten. Sie sind mit den Studiengebühren gezwungen ihr Studium so schnell wie möglich durchzuziehen. Auch hier gibt es keine Organisation und keine Druckmittel.

Deshalb müssen wir dem Teil der Jugendlichen aus der Arbeiterklasse

besondere Beachtung schenken, der in Ausbildung ist, bzw. schon arbeitet: Die Arbeiterjugend. Die Arbeiterjugend bildet auf Grund ihrer objektiven Lage, genauso wie die Arbeiterklasse, die Vorhut der Jugend. Und genauso wie das Industrieproletariat den Kern der Arbeiterklasse bildet, ist die Arbeiterjugend in den Großbetrieben der materiellen Produktion der Kern der Arbeiterjugend. Wer also nach der entscheidenden Kraft innerhalb der Jugend sucht wird sie in der Arbeiterjugend suchen müssen. Und wer den Sozialismus erkämpfen will muss dabei auf den konsequentesten Teil der Jugend orientieren, auf die Arbeiterjugend. Das heißt natürlich nicht, dass man rechts und links nicht mehr schauen darf und sich für die Probleme von Schülern nicht mehr interessiert. Denn schließlich wird die Mehrzahl auch irgendwann im Betrieb landen. Und dann ist der SDAJler in der Schule heute der SDAJler von morgen im Betrieb.

**Diskussionsfragen:**

1. Als SDAJ orientieren wir nach wie vor auf die Arbeiterklasse. Welche Schlußfolgerungen ergeben sich aus der Analyse der Arbeiterklasse für die politische Strategie eines sozialistischen Jugendverbands?
2. Was sind die Werkstätigen und was zeichnet ihre Rolle in der kapitalistischen Gesellschaft aus? In welchem Verhältnis steht die Arbeiterklasse zu den anderen Schichten der Gesellschaft? Warum muss die Arbeiterklasse versuchen, Bündnisse mit anderen Schichten einzugehen?
3. Die SDAJ will Politik mit und für die arbeitende und lernende Jugend entwickeln. Was zeichnet dabei die Arbeiterjugend aus? Welche Rolle spielt sie im Vergleich zur restlichen Jugend vor allem aus der Arbeiterklasse, z.B. SchülerInnen aber auch Studierenden?

**>> Arbeiterjugend gegen Ausbeutung**

**Vorbemerkung**

Mit unserer Kampagne „Ausbilden statt Ausbeuten“ wollen wir ab Anfang 2005 unsere Forderungen nach ausreichend Ausbildungsplätzen, nach einer qualifizierten Ausbildung, nach einer unbefristeten Übernahme im erlernten Beruf sowie nach einer Ausbildungsvergütung, die ein eigenständiges Leben ermöglicht, an die Öffentlichkeit tragen. Damit geht die SDAJ zum ersten Mal seit vielen Jahren den Schritt, sich systematisch mit der Situation von Auszubildenden und jungen Arbeitern zu beschäftigen und gemeinsam mit anderen Kräften Aktivitäten zu diesem Thema zu entwickeln. Der Kampf für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten sowie besserer Arbeits- und Ausbildungsbedingungen durchzieht die Geschichte der Arbeiterjugendbewegung in Deutschland wie ein roter Faden. Die SDAJ will diese Tradition aufnehmen und weiterentwickeln. Dazu ist es notwendig, sich mit der

Geschichte dieser Kämpfe zu beschäftigen. Der folgende Abschnitt unserer Bildungszeitung soll dazu einen Beitrag leisten. Hier wird weniger Wert auf die Organisationsgeschichte sowie die ideologischen Auseinandersetzungen gelegt, als



vielmehr versucht, aufzuzeigen, in welchen sozialen und ökonomischen Kämpfen die Arbeiterjugendbewegung welche Forderungen und Aktivitäten entwickelte. Leider können wir aus Platzgründen nur die Kämpfe bis zur Novemberrevolution darstellen. Gerne hätten wir auch über die Lehrlingsbewegung 1968/69 berichtet, aber hier ist die Quellenlage immer noch recht dürftig. Zur tieferen Auseinandersetzung mit der Ge-

schichte der Arbeiterjugendbewegung sei auf die Lesetipps am Ende dieses Abschnittes verwiesen.

**Situation der Arbeiterjugend vor Beginn der organisierten Arbeiterjugendbewegung**

Als Ergebnis der starken Industrialisierung Deutschlands in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts hatte sich die Arbeiterjugend zu einem bedeutenden Bestandteil der Arbeiterklasse herausgebildet. Im Jahre 1895 setzte sich ein knappes Drittel des Proletariats (30,12 %) aus Jugendlichen im Alter von bis zu 20 Jahren zusammen. Es gab 3,9 Millionen Jungarbeiter. Davon befanden sich aber nur etwa 20 % in einer Ausbildung, alle anderen mußten sich ihren Lebensunterhalt in Fabriken, viele in Großbetrieben, als Lohnarbeiter verdienen. Bis 1907 stieg die Zahl der jugendlichen Arbeiter noch einmal auf 4,8 Millionen. Sie unterlagen einer noch schärfe-

ren Ausbeutung als ihre erwachsenen Kollegen, obwohl sie oft die gleiche Arbeit leisteten. Der Lohn junger Arbeiterinnen lag nocheinmal erheblich unter dem ihrer männlichen Altersgenossen, sie wurden von allen Arbeitern am schlechtesten entlohnt. Der durchschnittliche Tageslohn für Arbeiter in Berlin im Jahr 1901 lag bei:

	Erwachsene	Jugendliche
Männlich	2,90 Mark	1,40 Mark
Weiblich	1,60 Mark	1,10 Mark

Besonders katastrophal war die Situation für Auszubildende im Handwerk. Von den 809.286 Auszubildenden, die 1907 in Deutschland gezählt wurden, befanden sich 496.618 in kleinen Werkstätten und Betrieben, die nur bis zu 10 Personen insgesamt beschäftigten. Viele Meister wollten der mächtigen Konkurrenz der Industrie durch die verschärfte Ausbeutung ihrer Auszubildenden standhalten. Ein Lehrling im 3. Lehrjahr erhielt im Durchschnitt 6 Mark die Woche, während einem 17-jährigen Lohnarbeiter fast das dreifache gezahlt werden mußte. Die Lehre verwandelte sich immer stärker von einem Ausbildungs- in ein Ausbeutungsverhältnis. Die Auszubildenden unterstanden der „väterlichen Zucht“ des Ausbilders, die nur allzuoft in ein grausames Mißhandeln ausartete. Die jungen Menschen waren völlig vom Willen des Meisters abhängig. Nach der Arbeit in der Werkstatt wurden sie oft noch im Privathaushalt des Meisters beschäftigt. Urlaub war völlig unbekannt. Zwar war Kinderarbeit in Fabriken seit 1891 verboten; viele Kinder mußten aber in Handwerksbetrieben, als Dienstboten, in Heimarbeit, v.a. aber in der Landwirtschaft zum Lebensunterhalt ihrer Familien beitragen. 1904 betrug die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Kinder unter 14 Jahren etwa 1,8 Millionen. Eine Schulpflicht bestand zwar bis zum 14. Lebensjahr (in Bayern nur bis zum 13.), viele Kinder gingen aber noch vor oder nach der Schule arbeiten oder blieben (v.a. während der Erntezeit in der Landwirtschaft) dem Unterricht ganz fern. Noch nicht einmal 30 % aller Jugendlichen besuchten nach der Volksschule eine Fortbildungs-

oder Berufsschule. 1891 wurde dann das „Gesetz betreffend Änderung der Gewerbeordnung“ erlassen, das die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter regeln sollte. Jugendliche zwischen 14 und 16 Jahren durften danach in Fabriken nicht mehr als 10 Stunden täglich beschäftigt werden, für über 16jährige gab es aber keine gesetzliche Regelung. Sie mußten im Schnitt zwischen 11 und 12 Stunden täglich arbeiten. Kinder unter 14 Jahren durften (außer in Fabriken) bis zu 6 Stunden am Tag beschäftigt werden. Diese Regelungen wurden aber so gut wie gar nicht eingehalten. Die vom Staat eingesetzten Inspektoren verhängten bei Verstößen Geldstrafen von 3-35 Mark, was auf viele Unternehmer eher als Aufmunterung denn als Strafe aufgefasst wurde. So berichtete ein Fabrikinspektor aus Kassel 1907, daß „eine besondere Einwirkung auf die Bestraften kaum erwartet (werden) könne“.

### **Gründung der ersten Arbeiterjugendvereine**

Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Ländern, gab es bis 1904 in Deutschland noch keine eigenständigen Organisationen der Arbeiterjugend. Jugendliche Arbeiter verfügten so über keine Möglichkeit, für ihre spezifischen Interessen gemeinsam einzutreten. Dies wirkte sich natürlich nachteilig auf die Situation der Betroffenen und die Entwicklung des Klassenkampfes insgesamt aus. Die Gründung eines selbständigen Arbeiterjugendverbandes wurde zu einer objektiven Notwendigkeit. Der Auslöser für die Gründung der ersten Arbeiterjugendvereine war ein Selbstmord, der im Juni 1904 in Berlin für Aufsehen und Empörung sorgte. Der 16jährige Schlosserlehrling Paul Nähring hatte sich im Grunewald das Leben genommen und einen Abschiedsbrief hinterlassen. In diesem beklagte er, daß er die ständigen Mißhandlungen und Demütigungen durch seinen Ausbilder nicht länger ertragen könne. An seinem Körper wurden unzählige Striemen und blaue Flecke infolge der ständigen Prügel festgestellt. Daraufhin versammelten sich am 10. Oktober 1904 in Berlin 24 Jugendliche und

gründeten den „Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter“. Zum Vorsitzenden wurde der 21jährige Helmut Lehmann gewählt. Auf einer zweiten Versammlung im November wurde dann ein Flugblatt diskutiert und beschlossen, das daraufhin in den folgenden Tagen in verschiedenen Bezirken Berlins verteilt wurde. Darin hieß es: „Wir aber sind der Meinung, daß auch für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter endlich die Zeit gekommen ist, sich ihrer Lage bewußt zu werden, daß sie durch ihren Zusammenschluß sich selbst gegen Unterdrückung, gegen Demütigung und Verdummung schützen müssen. Besäßen wir eine Jugendorganisation gleich der anderen Länder, nicht ungestraft wäre jener Schlosserlehrling in den Tod getrieben worden...“ Am 20. November fand dann die erste öffentliche Versammlung des Vereins statt, an der ungefähr 800 Arbeiterjugendliche teilnahmen. Davon erklärten 268 ihren sofortigen Beitritt. Die Entwicklung des Vereins war aber durch die reaktionäre preußische Vereinsgesetzgebung stark eingeschränkt. Diese verbot Jugendlichen unter 18 Jahren die Mitgliedschaft in politischen Vereinen sowie die Teilnahme an politischen Veranstaltungen. Der Verein mußte sich also einen „unpolitischen“ Anstrich geben. Eine der ersten Aktivitäten des Vereins bestand in der Herausgabe einer eigenen Zeitung, die am 1. Januar 1905 unter dem Namen „Die Arbeitende Jugend“ erschien. In ihr wurde sich v.a. der konkreten Interessenvertretung gewidmet. Von Beginn an prangerte die Zeitung besonders schlechte Ausbildungs- und Lebensbedingungen von Lehrlingen an. Die Namen von Handwerksmeistern und Betrieben, in denen Jugendliche besonders schlecht behandelt wurden, wo Auszubildende Prügel erhielten, wurden genannt und zum öffentlichen Protest dagegen aufgerufen. Eine der Forderungen bestand in der Bildung von Arbeitsschutzkommissionen. Fast zur gleichen Zeit wie in Berlin bildete sich in Mannheim mit dem „Verband der jungen Arbeiter Mannheims“ der erste Arbeiterjugendverband Süddeutschlands, dessen Mitgliederzahl schnell auf ca. 100 stieg. Er besaß im Gegensatz zu seinem Berliner

Gegenstück bessere Ausgangsbedingungen. Die liberalere Vereinsgesetzgebung in Baden ließ eine politische Ausrichtung des Vereins zu, so daß er sich offen dazu bekennen konnte „die Jugend in die Gedankenwelt des Sozialismus einzuweihen und sie zu tüchtigen Mitkämpfern im Befreiungskampf der Arbeiter zu erziehen.“

### **Die Entwicklung bis 1914**

Die neue Bewegung breitete sich rasch aus. Im Jahr 1905 entstanden zahlreiche weitere lokale Arbeiterjugendvereine. Am 11. Februar 1906 fand in Karlsruhe das erste überregionale Treffen statt. An diesem Treffen nahmen Vertreter von Arbeiterjugendvereinen u.a. aus Fürth, Freiburg, Heidelberg, Mannheim, Mainz, Offenburg und Pforzheim teil. Sie beschlossen, sich unter dem Namen „Verband junger Arbeiter Deutschlands. Sitz Mannheim“ zu vereinigen. Auch hier bestand eine der ersten Aktivitäten in der Herausgabe einer eigenen Zeitung. Sie erschien erstmalig am 1. April 1906 unter dem Namen „Die Junge Garde“. Auch in Norddeutschland kam es bald darauf zur Gründung eines überregionalen Verbandes. Am 25. und 26. Dezember 1906 wurde in Berlin die „Vereinigung der freien Jugendorganisationen Deutschlands“ gegründet, wozu u.a. Karl Liebknecht den Anstoß gegeben hatte. Wegen des Verbotes der „politischen“ Betätigung widmete sich der Verein v.a. der konkreten Interessensvertretungspolitik. So wurden an vielen Orten „Jugendschutzkommissionen“ gebildet. Über die Tätigkeit solcher Kommissionen berichtete der damalige Jungarbeiter Alfred Noll aus Jena: „Obwohl die Arbeitszeit der Lehrlinge, die bei den Meistern in 'Kost und Logis' lebten, im allgemeinen kaum begrenzt war, untersagte ein Gesetzesparagraph die Beschäftigung Jugendlicher während des Sonntagsgottesdienstes. Diesen Umstand nutzten wir aus. Eine Kommission unseres Jenaer Jugendvereins ging sonntagvormittags zu solchen Lehrherren, von denen bekannt war, daß sie ihre Lehrlinge besonders rigoros behandelten. Die Kommissionsmitglieder verlangten den Lehrling zu sprechen und ließen

sich auch mit Redensarten nicht abspresen. Erschien der Lehrling nun in seiner Arbeitskluft oder kam aus der Werkstatt, stellte die Kommission die Übertretung des Gesetzes fest, es erfolgte eine Anzeige bei der Polizei.“ Im Berliner Vereinsbüro konnten sich Mitglieder in Berufsfragen beraten lassen. Sie hatten die Möglichkeit, einer Beschwerdestelle ihre Sorgen zu unterbreiten und sich arbeitsrechtliche Auskünfte zu holen. In der Vereinszeitung wurden dann Namen und Adressen von Fabrikanten und Meistern veröffentlicht. Die selbständige Tätigkeit der Arbeiterjugendvereine stieß schnell auf Argwohn und Widerstand. So nahmen zahlreiche Handwerksmeister Bestimmungen in ihre Lehrverträge auf, die den Lehrlingen die Mitgliedschaft in den Arbeiterjugendvereinen sowie den Besuch von deren Veranstaltungen untersagten. Bei Zuwiderhandlungen wurden die Auszubildenden dann von den Innungsgeschichtshöfen bestraft. In Berlin ging der Direktor der Niles-Werke sogar soweit, den Lehrlingen einen höheren Wochenlohn zu zahlen, wenn sie aus dem Verein austraten. Die Berliner Tischler-Innung empfahl ihren Meistern, Lehrlingen, die dem Arbeiterjugendverband beitraten, diese Entscheidung mit Prügel auszutreiben. Die „Tischler-Zeitung“ hetzte: „Sicher ist, daß diese Idee nur bei der wurmstichigen Jugend der Großstädte williges Gehör finden wird...diese Idee kann nur auf dem Sumpfboden der Großstädte Blüten treiben, in dem Millieu der Zuhälter, Schnapssäufer...“ Doch nicht nur von Seiten der Kapitalisten wehte der jungen Arbeiterjugendbewegung Wind ins Gesicht. Auch die „eigene“ Partei, die SPD, tat zunächst wenig, um die Initiativen der jungen Arbeiter zu unterstützen. Trotzdem gelang es den beiden Arbeiterjugendverbänden bis zum Sommer 1907 ca. 10.000 Mitglieder zu organisieren. Vom 24. bis 26. August 1907 tagte in Stuttgart die erste internationale Konferenz sozialistischer Jugendorganisationen, an der Vertreter aus 13 Ländern teilnahmen. Diese widmete sich wiederum der konkreten Interessensvertretungspolitik. In der „Resolution über den wirtschaftlichen Schutz der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter“ wurden folgen-

de Forderungen gestellt:

- Verbot der Nachtarbeit für alle Arbeiter unter 18 Jahren; 36stündige ununterbrochene Sonntagsruhe für alle Arbeiter unter 18 Jahren;
- Verbot des Kost- und Logiszwangs für die gleiche Altersschicht...
- Einführung des obligatorischen Fortbildungsunterrichts...
- Obligatorische Einführung des Tagesunterrichts an Werktagen für alle Fortbildungs- Fach- und gewerblichen Vorbereitungsschulen;
- Abschaffung des Rechts der väterlichen Zucht für den Lehrherren, insbesondere des körperlichen Züchtigungsrechts...
- Die Lehrzeit darf zwei Jahre, und zwar einschließlich der Probezeit, nicht überschreiten;
- Verbot der Lehrlingsverwendung zu häuslichen oder überhaupt außergewerblichen und zu anderen als den vertraglichen ausdrücklich festgesetzten Arbeiten."

Einen schweren Rückschlag erfuhr die Arbeiterjugendbewegung dann im Jahr 1908. Am 8. April beschloß der Reichstag das Reichsvereinsgesetz. Nun war es allen Jugendlichen (wie zuvor in Preußen) verboten, Mitglied politischer Organisationen zu sein und politische Veranstaltungen zu besuchen. Bei Zuwiderhandlung drohten nun Geldstrafen und sogar Gefängnis. Daraufhin beschloß der süddeutsche Arbeiterjugendverband am 3. Mai seine Auflösung. Der norddeutsche Verband widersetzte sich zunächst, mußte dann aber nach massivem Druck der SPD- und Gewerkschaftsführung am 11. Oktober ebenfalls seine Selbstauflösung beschließen. Fortan existierten nur noch regionale Arbeiterjugendvereine; auch die beiden überregionalen Zeitungen mußten ihr erscheinen einstellen. Das alles warf die Arbeiterjugendbewegung in Deutschland um Jahre zurück. Die Jugendarbeit der Arbeiterbewegung wurde in den folgenden Jahren von einer „Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands“ geleitet, die sich zu 2/3 aus Funktionären der SPD und der Gewerkschaften zusammensetzte und in der nur 1/3 Jugendliche, die dazu noch über 18 Jahre alt sein mußten, vertreten waren. Die



„Zentralstelle“ gab die Zeitung „Arbeiter-Jugend“ heraus, die allerdings ausschließlich von Erwachsenen gemacht wurde und nie an die Beliebtheit der beiden selbständigen Jugendmagazine anknüpfen konnte. Leiter der „Zentralstelle“ wurde bis 1918 ein Erzrevisionist namens Friedrich Ebert. Trotz dieser Rückschläge existierten in vielen Orten weiterhin (illegale) selbständige Arbeiterjugendgruppen, die allerdings der ständigen Verfolgung durch die Polizei ausgesetzt waren und die den Rückgang des Einflusses unter der Arbeiterjugend nicht aufhalten konnten. Vereinzelt konnten Arbeiterjugendliche auch Erfolge im Klassenkampf erringen. So kam es 1910 bei der Firma „Leußen und Büren“ in Barmen (Wuppertal) zu einem Jugendstreik. Die Jungarbeiter erhielten bei täglichen Arbeitszeiten von 10 Stunden nur 12 Mark Wochenlohn. Drei Jugendliche, die im Auftrag ihrer Kollegen mit dem Fabrikanten verhandeln wollten, wurden entlassen. Als die jungen Arbeiter des Werkes daraufhin die Werkhalle verließen, wurden die Fabrikttore geschlossen und die Streikenden eingesperrt. Sie kletterten nun über die Mauer und versammelten sich in einem nahegelegenen Wald. Eine Kommission erreichte nun bald die Rücknahme der Entlassungen und eine Lohnerhöhung von 9 Mark pro Woche.

### **Arbeiterjugendbewegung im 1. Weltkrieg**

Am 1. August 1914 entfesselte der deutsche Imperialismus mit der Kriegserklärung an Russland den 1. Weltkrieg. Millionen Arbeiter wurden zum Kriegsdienst eingezogen. Bereits nach wenigen Wochen stand fest, daß die „Blitzkriegs“pläne des deutschen Militarismus gescheitert waren und ein langer, verlustreicher Krieg bevorstand. Die Lebensbedingungen der Arbeiterjugend verschlechterten sich rapide. Die Einberufungen sowie der wachsende Bedarf an Waffen und Munition brachten einen zunehmenden Bedarf an Arbeitskräften in der Rüstungsindustrie mit sich. Der Anteil der Frauen und Jugendlichen in der Produktion erhöhte sich bedeutend. Um die Arbeiterjugendlichen in vollem Maße für die Kriegsproduktion einsetzen zu können, wurden alle Beschränkungen der Gewerbeordnung auf Verlangen des Kapitals aufgehoben. Die tägliche Arbeitszeit wuchs bald auf 12 Stunden und mehr. Arbeitsfreie Tage wurden zur Seltenheit. Die „Zentralstelle“ entfachte entsprechend der Orientierung der SPD-Führung eine beispiellose chauvinistische und nationalistische Hetze, der nicht wenige junge Arbeiter erlagen. Zahlreiche Jugendfunktionäre meldeten sich freiwillig zur Front. In der organisierten Arbeiterjugendbewegung gerieten die Kriegsgegner in die Minderheit.

Trotzdem führte ein kleiner Teil einen konsequenten Kampf gegen den imperialistischen Krieg. Das war mit erheblichen Gefahren verbunden, da dieser Kampf mit schweren Freiheitsstrafen oder mit der Einberufung und dem Einsatz an besonders gefährlichen Frontabschnitten, was oft einem Todesurteil gleich kam, verfolgt wurde. Kleine, lokale Gruppen von Arbeiterjugendlichen begannen, antimilitaristische Zeitungen an die Front zu schicken. Auch kam es bereits 1915 zu öffentlichen Antikriegsdemonstrationen. So gab es in Berlin am 1. und 28. Mai Demonstrationen, an denen sich v.a. Arbeiterjugendliche beteiligten und die massiv von der Polizei angegriffen wurden. Eine große Rolle bei der Formierung der Antikriegskräfte spielten illegale Flugblätter. Ende Mai 1915 wurde vor verschiedenen Betrieben in Berlin ein von Karl Liebknecht verfasstes Flugblatt verteilt, in dem dieser erstmals seine berühmte Parole „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“ formulierte. Am 23./24. April fand dann in Jena eine illegale und als „Wander- und Abstinenzvereinigung“ getarnte Konferenz der oppositionellen Arbeiterjugend statt, auf der wiederum Karl Liebknecht sprach. Ca. 60 Delegierte nahmen an der Konferenz teil. Es wurde eine Resolution beschlossen, in der es u.a. hieß: „Heute... ist es die vornehmste Aufgabe auch der proletarischen Jugendbewegung, mit allen Kräften und Mitteln den Krieg zu bekämpfen und die durch ihn geschaffenen Verhältnisse auszunutzen, um den Zusammenbruch der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen“. Nach der Jenaer Konferenz kam es dann auch zu einem spürbaren Aufschwung der Antikriegsaktivitäten. Wiederum war es die unmittelbare Interessensvertretungspolitik, mit der die sozialistische Arbeiterjugendbewegung in den Klassenkampf eingriff. Eine besondere Rolle spielte dabei der Kampf gegen die sogenannten Sparzwangerlasse der Militärbehörden. Seit 1916 hatten die Generale verschiedener Armeekorps-Bezirke eine „Beschränkung der Freiheit unserer Jugend auch in der Verfügungsgewalt über ihren Arbeitsverdienst“ erlassen. Dabei erhielten die Jugendlichen nur noch

einen Teil ihres Verdienstes ausgezahlt, der andere Teil wurde in Krieganleihen umgewandelt und floß in die Rüstungsproduktion. Eine Auszahlung des Lohnes sollte erst nach der (erfolgreichen) Beendigung des Krieges erfolgen. Diese Verordnungen trafen v.a. diejenigen Arbeiterjugendlichen hart, die mit ihrem Lohn zum Lebensunterhalt der Familie beitragen mußten, da die Väter zur Armee eingezogen worden waren. Gegen diese Sparzwangsverordnung begann nun am 1. Mai 1916 in Braunschweig und Hannover eine machtvolle Streikbewegung. Die Militärbehörden versuchten zunächst, den Streik mit Hilfe des Angebotes, den ausgezahlten Wochenlohn von 18 auf 24 Mark zu erhöhen, abzuwürgen. Die streikenden Arbeiterjugendlichen ließen sich aber nicht beirren und forderten die vollständige Aufhebung des Sparzwanges. Erwachsene Arbeiter schlossen sich dem Streik an; es kam zu militanten Auseinandersetzungen mit der Polizei, die zugunsten der Streikenden ausgingen. Von Plänen, nun das 92. Infanterieregiment gegen die Streikenden einzusetzen, wurde Abstand genommen, da die Generale diese Einheit für „unzuverlässig“ hielten und ein Übergreifen der Streikbewegung auf das Regiment befürchteten. Daraufhin wurde im X. Korpsbezirk (Hannover-Braunschweig) der Sparzwang aufgehoben. Nach 5tägigem Kampf hatten die 4000 streikenden Arbeiterjugendlichen gesiegt. Auch an anderen Orten gab es nun Streiks gegen den Sparzwang; in Magdeburg erreichten 600 streikende Arbeiterjugendliche, daß der Erlass gar nicht erst in Kraft trat. Auch in Berlin wurde zumindest erreicht, daß der ausbezahlte Wochenlohn auf 30 Mark erhöht wurde. Die Erfolge in dieser Streikbewegung ermutigte die Arbeiterjugendbewegung und führte zu einem weiteren Anwachsen der Antikriegsbewegung unter Jugendlichen. So erschienen ab Mitte 1916 zahlreiche lokale Antikriegszeitungen der Arbeiterjugend, u.a. die „Freie Jugend“ in Berlin sowie die Mitteilungsblätter der „Proletarier-Jugend“ in Hamburg, der „Jugendbildungsvereine Thüringens“ sowie der „Sozialistischen Jugendbewegung“ in Bremen. Auf die katastrophalen Ver-

luste des deutschen Heeres in den Schlachten bei Verdun und an der Somme 1916 (allein bei Verdun starben mehr als 282.000 deutsche Soldaten) reagierte der deutsche Militarismus mit dem sogenannten „Hindenburg-Programm“. Dieses sollte eine abermalige Steigerung der Rüstungsproduktion bewirken. Alle Arbeiter zwischen dem 17. und 60. Lebensjahr wurden nun per Gesetz zur Arbeit in der Rüstungsindustrie verpflichtet. Trotz der stark gestiegenen Lebensmittelpreise sollte es keine Lohnerhöhungen mehr geben. Zugleich wurden die Repressionen gegen die Kriegsgegner verschärft, auf Streik stand nun die Verurteilung als „Landesverräter“. Trotzdem verstärkte die oppositionelle Arbeiterjugendbewegung ihre Anstrengungen, die lokalen Gruppen zu vernetzen. Zu Ostern 1917 wurde in Berlin ein überregionaler Aktionsausschuß gebildet, der für September einen Proteststreik anläßlich des internationalen Jugendtages vorbereitete. Diese Planungen wurden jedoch von der Polizei aufgedeckt, worauf zahlreiche Verhaftungen in ganz Deutschland erfolgten. Auch die führenden Funktionäre des Aktionsausschusses wurden verhaftet. Damit mußten die Bemühungen für eine überregionale Vernetzung der oppositionellen Arbeiterjugendbewegung einen weiteren schwereren Rückschlag hinnehmen. Im Frühjahr und Sommer 1918 startete die Oberste Heeresleitung eine weitere, völlig aussichtslose Offensive an der Westfront, die über 1 Millionen Mann an Verlusten kostete. Die letzten frontverwendungsfähigen Männer wurden nun eingezogen und in der Rüstungsindustrie durch Jugendliche und Kinder ersetzt. Selbst für 14-16-jährige wurden nun Arbeitstage von 12-14 Stunden normal. Auf der anderen Seite wuchsen die Profite der Rüstungskonzerne ins Unermeßliche und wurden auf insgesamt 50 Milliarden Mark geschätzt. Die lokalen Gruppen der Arbeiterjugendbewegung führten auch unter diesen schwierigsten Bedingungen ihren Antikriegskampf fort, im Mai und Juni 1918 fanden in Hamburg und Berlin Versammlungen mit mehreren Tausend Beteiligten statt. Im August 1918 konnte wieder eine überregionale Konferenz organisiert

werden, an der Vertreter von 22 lokalen Arbeiterjugendgruppen teilnahmen.

### **Novemberrevolution und Gründung der FSJ**

Auf Initiative der „Freien Jugend Groß-Berlin“ und Karl Liebknechts fand am 26. Oktober in Berlin eine weitere Konferenz der revolutionären Arbeiterjugend statt. An ihr nahmen 57 Delegierte aus 18 Orten teil, sie vertraten ca. 4000 Mitglieder revolutionärer Jugendgruppen. Auf dieser Konferenz wurde mit der „Freien Sozialistischen Jugend“ der erste reichsweite, selbständige und revolutionäre Arbeiterjugendverband Deutschlands gegründet. Mitglieder der FSJ beteiligten sich in den folgenden Tagen und Wochen an der nun erfolgenden Novemberrevolution. Wiederum waren es die konkreten Tagesinteressen der Arbeiterjugend, an denen die FSJ anknüpfte. So fand am 14. November 1918 eine Versammlung von über 5000 Arbeiterjugendlichen in Berlin statt, auf der eine Resolution mit folgenden Forderungen verabschiedet wurde: Mitbestimmung der Jugend an der Verwaltung des Staates, Wahlrecht vom 18. Lebensjahr an für beide Geschlechter, Lern- und Bildungsfreiheit für alle, 6stündiger Arbeitstag für Jugendliche unter 18 Jahren, progressive Lehrausbildung, Reformierung der Fortbildungsschulen und Verlegung des Unterrichts in die Arbeitszeit, Wegfall des jugendfeindlichen Paragraphen 17 des Reichsvereinsgesetzes und des Sparzwangs. Alle diese Forderungen, so wurde festgestellt, „können nur durch die sozialistische Republik erfüllt werden... Alle politische Macht ist den Arbeiter- und Soldatenräten zu übergeben.“ Auch in Betrieben führte die FSJ Versammlungen mit Jungarbeitern und Lehrlingen durch. In einigen Fällen konnten die Jugendlichen ihre Ansprüche gegen den Widerstand der Unternehmer durchsetzen. Bei der Firma „Ohrenstein und Koppel“ in Berlin erreichten sie z.B. die Entlassung eines Meisters, der die Lehrlinge brutal mißhandelte. Allen Meistern mußte das Züchtigungsrecht entzogen werden. Die Jugendlichen erkämpften außerdem eine Lohnerhöhung.

Sämtliche Lehrlinge des Betriebes traten daraufhin der FSJ bei. In Hamburg traten am 6. Dezember Gewerbeschüler auf Initiative der FSJ in einen Schulstreik. Sie erreichten durch Verhandlungen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat den Wegfall des Sonntagsunterrichts, die Beendigung des Unterrichts um 20 statt um 21 Uhr und die Genehmigung zur Wahl von Schülerräten.

### Lesetipps:

- Karl Heinz Jahnke: Die ersten Jahre - Arbeiterjugend gegen Kapi-

talismus, Militarismus und Krieg (1904-1919) - Neue Impulse Verlag, 1994

- Karl Heinz Jahnke: Schwere Jahre - Arbeiterjugend gegen Faschismus und Krieg (1993-1945) - Neue Impulse Verlag, 1995

- Autorenkollektiv: Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung - Weltkreis-Verlag, 1973

### Diskussionsfragen:

1. Worin besteht die Notwendigkeit eines selbständigen, revolutionären

Arbeiterjugendverbandes und welche Rolle muß er im Klassenkampf spielen ?

2. Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem Kampf um die Vertretung der unmittelbaren Lebensinteressen der Arbeiterjugend und dem revolutionären Ziel ?

3. Was waren die Gründe für das rasante Wachstum der Arbeiterjugendbewegung in ihrer Entstehungsphase ? Warum ist die SDAJ heute nicht so erfolgreich ?

## >> Die Rolle der Ausbildung in der Gesellschaft

Bildung und Ausbildung sind seit der Frühzeit der Menschheit unlöslich mit der ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft verbunden. Speziell seit der Herausbildung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung gewann die Vermittlung und Weitergabe auch berufsspezifischer Kenntnisse und Fertigkeiten durch die Jahrhunderte immer mehr an Bedeutung.

So kann man sagen, dass mit dem Wachstum der Produktivkräfte gleichzeitig das Bedürfnis und die Notwendigkeit der, der eigentlichen, konkreten Arbeit voraus gehenden fachlichen Qualifikation wuchsen. Nach einem Übergang von einer Gesellschaftsformation zur nächst höheren können wir einen qualitativen Sprung in dem Entwicklungstempo der Produktivkräfte feststellen. (So geschehen etwa beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus im Europa des ca. 15.-18. Jahrhunderts.) Ebenso können wir feststellen, dass einhergehend mit diesen grundlegenden Umwälzungen, Umfang und Formen der fachlichen Ausbildung sich schlagartig ausbreiteten und veränderten. Aber die historische Berufsbildung griff in Folge der sozialen Revolution nicht nur um sich und änderte ihre Form. So war über Jahrtausende die Übertragung von Wissen und Fertigkeiten im Rahmen bäuerlicher Familien oder im Rahmen von Sklavengemeinschaften das Bestimmende in der „Ausbildung“ der Volksmas-

sen. Vorzugsweise geschah dies vom Vater auf den Sohn und von der Mutter auf die Tochter im Rahmen der früh aufkommenden Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Aus dem Rahmen der vorherrschenden unmittelbaren landwirtschaftlichen und viehhalterischen Produktion und dem primitiven Handwerk herausfallende Kenntnisse und deren Vermittlung waren weitestgehend Privileg der jeweils Herrschenden.

In der Antike und im Mittelalter (Sklavenhaltergesellschaft und Feudalismus) bildeten sich immer mehr Gewerke (u.a. Zünfte) heraus und entwickelten sich weiter. Diese organisierten die berufliche Ausbildung dann außerhalb der Familie in ihrer Obhut. Natur„wissenschaften“ und Gesellschafts„wissenschaften“ wurden i.d.R. nur innerhalb der jeweiligen herrschenden Klasse ausgeübt und gelehrt. Wobei man von Wissenschaften in unserem heutigen Sinne nicht sprechen kann, (unter anderem) da diese im Rahmen der jeweiligen vorherrschenden Religion und ihrer Institutionen (Kirche) stattfanden.

Bis zu einem gewissen Grad musste dies im Zuge der Konzentration der Produktion und damit der gesellschaftlichen Macht im Kapitalismus aufgebrochen werden. Hierdurch wurden die Klassenschranken im Kapitalismus für einen verschwindend kleinen Teil nach oben hin durchlässig.

Wie die Produktionsverhältnisse sich änderten änderte sich auch der jeweilige Klassencharakter der Ausbildung. Einerseits wird durch die objektiven, in erster Linie ökonomischen, Interessen der jeweilig herrschenden Klasse die Richtung und Gewichtung der fachlichen Ausbildung festgelegt. Andererseits fand zu allen Zeiten der Hauptteil der beruflichen Qualifikation im Lebensalter der Jugend statt. Dies bedingt, dass während der Ausbildungszeit auch die gesellschaftlichen, politisch-ideologischen Orientierungen der jeweils Herrschenden durch die für Bildung und Ausbildung vorgesehenen Institutionen intensiv vermittelt werden. Mal mehr mal weniger bewusst wird damit die besondere Aufnahmefähigkeit der Jugend für fundamentale Orientierungen, im zumeist reaktionären Sinne, stimuliert.

„Wissen ist Macht“ sagt Karl Marx. Diesem Ausspruch entspricht, dass man wirkliche Handlungsfreiheit nur erringen kann, wenn man in die Lage versetzt wird sich ein Höchstmaß an Kenntnissen seiner Zeit anzueignen, anzuwenden und diese zu erweitern. Es reicht aber nicht sich allgemeine philosophische Kenntnisse über den Lauf der Welt oder der Gesellschaft anzueignen. (Davon gelingt es nur sehr wenigen zu leben) Solange nämlich gesellschaftliche Arbeitsteilung herrscht wird man sich Spezialkenntnisse- und Fertigkeiten aneignen müssen um mög-

lichst gleichberechtigt am gesellschaftlichen Austausch und Leben teilnehmen zu können. (und das wird über lange Zeit im Sozialismus auch noch der Fall sein)

### **Ausbildung im Kapitalismus**

Im Verhältnis zu den vorangegangenen Geschichtsepochen, entwickelt die herrschende Klasse im Kapitalismus ein enorm gesteigertes Bedürfnis nach Entwicklung und Ausweitung der Produktion. Mit diesem Bedürfnis entwickelt sich das Bestreben die Naturwissenschaften voranzutreiben und auf eine wirklich wissenschaftliche Grundlage zu stellen.

Andererseits ging es, zumindest der aufstrebenden Bourgeoisie, darum

an Kommunikationsfähigkeit und damit Wissen auch für die einfachen Arbeiter unumgänglich. All das führte dazu, dass der Kapitalismus in seiner Blütezeit in vielen Hauptländern die allgemeine Volksbildung einführte und die Formen der Lehrlingsausbildung öffnete und weiterentwickelte. Man kann jedoch zugleich nicht übersehen, dass damit der aufkommenden Arbeiterbewegung und dem Starken Wissensdrang der Arbeiter entgegengewirkt werden sollte. Entstanden mit den Ausläufern der bürgerlichen Revolutionen in Europa waren viele der ersten Arbeiterorganisationen Bildungsvereine. Einfach gesagt: man wollte die Bildung des Volkes nicht den sozialistisch inspirierten Arbeitern und Intelligenzlern überlassen.

und blieb über Jahrzehnte die einzig einheitlich - verbindlich Regelung für die Berufsausbildung. Die Gewerbeordnung machte die Verhältnisse im Gewerbe nur von der freien Vereinbarung der unmittelbar Beteiligten abhängig und enthielt weder Bestimmungen über einen Lehrvertrag noch über die Dauer der Lehrzeit. Die Lehrlinge verwahrlosten, wurden überanstrengt und ungenügend ausgebildet. Eine Probezeit existierte nicht mehr, die Dauer der Arbeits- und Lehrzeit war nur selten festgesetzt und Lehrzeugnisse wurden häufig überhaupt nicht ausgestellt.

Bereits hier sieht man deutlich, wie das Interesse des einzelnen Kapitals nach schonungsloser Ausbeutung der Lehrlinge nicht nur deren Inte-



die Autorität der feudalen Institutionen, allen voran der Monarchie und der Kirche zu zerstören. Dieses Anliegen lies sie auch den Blick auf die Menschengesellschaft und ihre Geschichte eine zeitlang in wissenschaftliche Bahnen werfen.

Die gesteigerte gesellschaftliche Organisation der Produktion im Rahmen einzelner Kapitalien und der angesprochene gesteigerte Innovationsdrang erforderten eine breiter werdende Schicht von umfassender geschulten Führungs- und Fachkräften.

Auch ließen sich der zunehmende gesellschaftliche Verkehr, der zunehmende Handel und die Notwendigkeit massenhaft Arbeitskräfte mal diese, mal jene Tätigkeit in unterschiedlichen Branchen und Betrieben auszuüben ein gewisses Maß

Millionen Kindern aus Arbeiter und Bauernfamilien war es dennoch nicht möglich zur Schule zu gehen, da sie für den Lebensunterhalt mit aufkommen mussten. Und wenn sie zur Schule gingen erlebten sie dort eine Mischung aus Kaserne und Kirche und konnten froh sein, am Ende das Alphabet und alle Ziffern gelernt zu haben.

Weitergehende Bildung oder gar Gymnasien und Hochschulen waren weiterhin den Sprösslingen der herrschenden Kapitalisten und führenden „Staatsdienern“ vorbehalten. In der Lehre herrschte die Willkür des Meisters, die in Deutschland, in der Gewerbeordnung noch bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts als „Väterliche Zucht“ festgeschrieben war. Diese Gewerbeordnung stammt noch von der Zeit der Reichsgrün-

ressen, sondern auch den Interessen des Gesamtkapitals nach verfügbaren Qualifizierten Arbeitskräften widerspricht. Von 1881 bis 1887 wurden weitere Novellen hervorgebracht, die die Innungsstärkungen auf dem Gebiet des Lehrlingswesens weiter verstärkten. Die Innungen wurden zu „Organen der Obrigkeit“ erhoben und hatten damit die Aufsicht über das Lehrlingswesen.

Es war aber bis nach dem 2. Weltkrieg keinesfalls so, dass ein Großteil der Jugendlichen regelrecht ausgebildet wurde. Die Masse arbeitete als „Ungelernte“ in den Betrieben des Kapitals und Großkapitals oder auf dem elterlichen oder verwandtschaftlichen Hof, bzw. auf dem Gut des Großgrundbesitzers dem die Familie mehr oder weniger hörig

war. Nach und nach breitete sich zu einem gewissen Grad die Bedeutung von Lehrberufen auch in den regelrechten Industriebetrieben des Großkapitals aus. Aufgrund der fortgeschrittenen Arbeitsteilung waren und sind in einem Großteil dieser Betriebe einfache Anlern Tätigkeiten dominierend. Trotzdem unterlagen die Lehrlinge hier und nach wie vor in den Zünften und Innungen des Handwerks einer jeweils besonderen Konzentration. Diese macht sie auch, bei aller Privilegiertheit gegenüber den „Ungelernten“ prädestiniert bei der Organisation und Aktion der Arbeiterjugend voranzugehen. Gerade auch für diese Lehrberufe bedurfte das Kapital einer einheitlichen Regelung. Dieses Bedürfnis entsprang der einfachen Tatsache dass mit dem Erwerb eines bestimmten Gesellenbriefes für jeden Kapitalisten deutlich erkennbar auch eine bestimmte, in der Tat, vorhandene Qualifikation verbunden sein sollte. Die frühe Industrie übernahm ihre qualifizierteren Kräfte aus dem Handwerk. Erste Ansätze einer industriellen Lehrlingsausbildung, die eher zufällig ausgerichtet war, sind überhaupt erst 1850 auszumachen. Eine Fabriklehre zu dieser Zeit sah vor, dass die Jugendlichen zunächst Hilfsarbeiten verrichten mussten und dann durch Abschauen bei älteren Arbeitern einen qualifizierteren Posten erreichen konnten.

Im Zuge der Technisierung der Industrie durch den Einsatz immer komplizierterer Maschinen stieg die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitern. Das Handwerk konnte dieser Nachfrage der Industrie aber nicht mehr gerecht werden. Zudem entwickelten sich durch die Arbeitsteilung zunehmend neue Berufe in der Industrie. Diese Veränderungen in der Industrie brachten einen Wandel im Umgang mit der Ausbildung. Zunächst war die Zahl der Lehrlinge in der Industrie sehr gering. 1873 beschäftigte Siemens 74 Gesellen und 13 Lehrlinge. Von einer Gesamtbelegschaft von 1.554 befanden sich 18 Schlosserlehrlinge von 1882 bis 1889 in der Ausbildung. Es existierte jedoch keine einheitliche und eigen hervorgebrachte Ausbildung. Man orientierte sich am Modell der Handwerkslehre und ließ den Lehrling

durch erfahrene Arbeiter ausbilden. Erst in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts konnte man auch in der Industrie von einer systematischen industriellen Lehrlingsausbildung sprechen.

Ende des 19. Jahrhunderts bildeten sich, auf das Modell der Preußisch-hessischen Staatseisenbahn beruhend, „Lehrwerkstätten“ als eine Spezialform der industriellen Berufsausbildung. In den Lehrwerkstätten, die getrennt von den Reperaturwerkstätten waren, absolvierten die Lehrlinge zunächst eine zweijährige Grundausbildung. Ihrer Ausbildung vervollständigten sie danach in den einzelnen Betriebsabteilungen.

Nach der Definition eines „Facharbeiters“ des Arbeitsausschusses für Berufsausbildung von 1926 wurde als Lehrling derjenige bezeichnet, der „in einer vier- oder mindestens dreijährigen Lehrzeit planmäßig in Werkstatt und Berufsschule für ein größeres und in sich abgeschlossenes Arbeitsgebiet ausgebildet und damit befähigt ist, Arbeiten seines Berufes selbständig und fachgemäß nach Zeichnung oder Muster auszuführen. Die Ausbildung soll durch Gesellenprüfung abgeschlossen sein.“

Die industrielle Lehrlingsausbildung sollte den Lehrlingen eine grundlegende Ausbildung in allen zu seinem Berufsfeld gehörenden Arbeitsfeldern bieten. So wollte man die nötige Flexibilität und Umstellungsfähigkeit entwickeln, die in der sich zunehmend technisierenden Industrie erforderlich war. Typisch für die damalige Ausbildung in der Industrie war noch die Ausbildung im Produktionsbetrieb.

Die Lehrlinge wurden Arbeitern oder Kolonnen zugeteilt und mussten sich durch praktische Tätigkeiten die notwendigen Kenntnisse aneignen. Besonders in Klein- und Mittelbetrieben war diese Art der Ausbildung die gängigste Art, da ihnen die finanziellen Mittel fehlten um eine Lehrwerkstatt einzurichten und sie unter dem Konkurrenzdruck darauf angewiesen waren sie Lehrlinge auszubilden. Zunehmend wurde von der Arbeiterbewegung die Forderung gestellt, dass die Ausbildung im Produktionsbetrieb nur von Arbeitern mit

einem „pädagogischen Geschick“ übernommen werden und systematisch ausgerichtet sein sollte. Durch die Aufstellung von Ausbildungsplänen sollte diese systematische Ausbildung vom Einfachen zum Schweren festgelegt werden.

In größeren Industriebetrieben hielt man an dem Konzept der Lehrwerkstätten fest. Durch die Trennung von Ausbildung und Produktion versprach man sich einen planvollen und systematischen Ausbildungsgang, indem erste Grundlagen des Berufs kennen gelernt werden sollten. Die Ausbilder waren speziell auf diese Aufgabe ausgerichtet und konnten sich völlig auf ihre Aufgabe konzentrieren ohne dabei jedoch ihre „väterliche Zucht“ zu vergessen. Durch dieses persönliche Verhältnis zu einem Lehrmeister und die separate Ausbildung sollte der Lehrling vor den „schädlichen geistigen Einflüssen“ (gewerkschaftliches Gedankengut) der älteren Arbeiter bewahrt werden. Das wirtschaftliche Arbeiten sollte durch ein möglichst frühes Beschäftigen mit produktiven Arbeiten in der Lehrwerkstatt erlernt werden. Die angefertigten Werkstücke wurden dann in der weiteren Produktion verwendet. Nach zwei Jahren in der Lehrwerkstatt gingen die Lehrlinge in die einzelnen Betriebsabteilungen, um sich an das Arbeiten unter Produktionsbedingungen gewöhnen zu können.

### **Kampf um ein Berufsausbildungsgesetz**

Jedoch nicht nur die Arbeiterbewegung nahm sich der Frage der einheitlichen und fachlich qualifizierten Gestaltung der Berufsausbildung an. 1925 wurde im Zuge der zunehmenden Rationalisierung in der deutschen Industrie vom Verein Deutscher Eisenhüttenleute das „Deutsche Institut für technische Arbeiterschulung“ (Dinta) gegründet. Das Dinta wollte den Arbeiter durch seine „Menschenökonomie“ aus seiner Abhängigkeit von Technik herauslösen. Dazu war eine umfassende Erziehungsarbeit notwendig, die bei der Ausbildung der Lehrlinge ansetzte und sich auf alle Werksangehörigen ausstreckte. Dem Arbeiter sollte seine „Stellung als Akteur im Produktionsprozess zurückerobert“. Zu-

gleich sollte die „feindliche Oppositionsstellung zwischen Arbeiter und Unternehmer“ aufgelöst werden und zu einer „wirtschaftsfriedlichen Arbeiterschaft“ erzogen werden, die den „schädlichen Klassenkampfgedanken“ überwunden hatte.

Zwischen 1926 und 1928 errichtete das Dinta 71 Lehrwerkstätten und 18 Werksschulen. 1930 arbeiteten schon 300 Betriebe nach der Dinta-Methode.

Das Lehrlingswesen der Dinta-Werke:

- Psychotechnische Eignungsprüfung vor Aufnahme des Lehrlings
- 14-tägige Einführung in der Werkschule mit praktischen Übungen und einem ersten Einblick in das Arbeitsmaterial
- Ausbildung in der Lehrwerkstatt - Grundausbildung: ca. 3 Monate
- Lehrkameradschaft: Zusammenarbeit mit anderen Lehrlingen unter der Führung eines Meisters
- Nach 2 Jahren: Verteilung auf einzelne Betriebsabteilungen - Ausbildung durch qualifizierte Arbeiter zur weiteren Spezialisierung
- Abschluss der meistens 4-jährigen Lehrzeit durch einen Facharbeiterprüfung

Parallel zur praktischen Ausbildung lief die theoretische Ausbildung in der Werksschule oder in der eigenen Werksklasse der öffentlichen Berufsschule. Die Ausbildung des Dinta fanden bei der Industrie großes Interesse und eine häufige Übernahme. Bestimmend an der Dinta war ihr Zielgedanke, der scheinbar hinter alle Aktivitäten stand. Die Errichtung einer großen Werksgemeinschaft, die sich gegen die Gewerkschaften richtete, die Anwendung des „Führerprinzips“, dem auch das gesamte Lehrlingswesen unterlag und die Übernahme der Felddienstordnung des alten Heeres als pädagogische Grundlage ihres Erziehungsgedanken war, der auch in die Freizeit der jugendlichen Lehrlinge hineingetragen wurde. Auf Grund dieser Zielsetzungen ordnete sich die Dinta nach dem Januar 1933 auch ziemlich schnell in das System der NSDAP ein und wurde ein selbstständiges Institut der „Deutschen Arbeitsfront“. Vom Reichsverband der Deutschen Industrie, der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und

dem Datsch wurde 1925 der „Arbeitsausschuß für Berufsausbildung“ (AfB) gegründet.

Aufgabenstellung des AfB32:

- Berufsabgrenzung
  - Intensivierung der Berufsberatung durch Zusammenarbeit der örtlichen Wirtschaftsvertreter mit den Berufsämtern
  - Schaffung engerer Beziehungen zwischen den Berufsschulen und der Industrie
  - Erarbeitung einer gemeinsamen Stellungnahme zu dem in Aussicht stehenden Berufsausbildungsgesetz
- Um auf das künftige Berufsausbildungsgesetz Einfluss nehmen zu können, trat das Handwerkswesen 1927 ebenfalls dem AfB bei. Zusammen wollten Dinta und AfB eine grundsätzliche Klärung und Re-



gelung der Berufsausbildung im Interesse der wirtschaftlichen Spitzenverbände erreichen. Die Diskussion um ein zukünftige Berufsausbildungsgesetz ging auf Beschlüsse des 10. Kongresses der freien Gewerkschaften in Nürnberg im Juli 1919 zurück. Da es große Unterschiede in der gesetzlichen Grundlage der Ausbildung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen gab und diese nicht mehr als ausreichend für die neueren wirtschaftlichen Entwicklungen betrachtete wurden, sollte durch ein Berufsbildungsgesetz die gesamte Berufsausbildung vereinheitlicht werden. Die Vorstellungen der Kapitalisten, besonders den Inhalt eines Berufsausbildungsgesetzes betreffend waren jedoch so reaktionär, dass selbst die Weimarer SPD in dieser Frage nicht mitgehen konnte. So wurde nach 50 Jahren der Auseinander-

setzungen über ein Berufsausbildungsgesetz dieses erst 1969 durch die Brandt Regierung verabschiedet und stellte somit die erste umfassende und einheitliche Regelung der Berufsausbildung in Deutschland da.

### Die Berufsschulen

Die endgültige Ausgestaltung des „dualen Systems“ der Ausbildung setzte sich mit dem Ausbau der Berufsschule in der Weimarer Republik durch. Sie sollte als Ergänzung und Vertiefung der praktischen Lehre dienen. Die Berufsschule hatte ihre Wurzeln in der religiösen Sonntagsschule, die den Lehrstoff aus der Volksschule weiterführte und ergänzte, damit also eine reine Wie-

derholungsschule war. Auf Initiative von einzelnen Unternehmern entwickelten sich Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts die gewerblichen Sonntagsschulen. Diese Schulen sollten zur beruflichen Förderung der Lehrlinge beitragen und unterrichteten sie hauptsächlich in Mathe und den Naturwissenschaften. Nach der Reichsgründung schreiben Gesetze den obligatorischen besuch von Fortbildungsschulen vor.

Erst auf der Reichsschulkonferenz im Juni 1920 wurde die Namensänderung offiziell eingeführt. Das Ziel der Berufsschule wurde folgend definiert: „Die Berufsschule, die die Erfüllung der Schulpflicht nach Vollendung des volksschulpflichtigen Alters dient, hat die Aufgabe, die Schüler durch Ergänzung und Vertiefung ihrer beruflichen Ausbildung in der

leistungsfähigen Teilnahme am Arbeitsleben des Volkes zu fördern, durch staatsbürgerliche Belehrung und Pflege des staatsbürgerlichen Gefühls für die Erfüllung ihrer späteren Aufgaben innerhalb des staatlichen Lebens vorzubereiten, durch Weckung und Pflege des allgemeinen Bildungsdranges zur Freude an geistiger Beschäftigung jeglicher Art zu erziehen und an ihrer körperlichen Ertüchtigung mitzuwirken." Diese schwammige Definition in die sowohl Sozialdemokratie und Gewerkschaftsführung, als auch Großkapital und Anhang reininterpretieren konnten was sie wollten führte dazu, das keine offene und breite Auseinandersetzung um diese Frage geführt wurde und der Versuch eine reichseinheitliche Regelung der Berufsschulpflicht scheiterte, so dass die gesetzliche Regelung den einzelnen Ländern überlassen blieb. Eine einheitliche Regelung „gelang“ erst unter Hitler im Juli 1938 durch die Verabschiedung des Reichsschulpflichtgesetzes.

### **Berufsausbildung im Zuge der wissenschaftlich-technischen Revolution**

Mit der nach dem zweiten Weltkrieg ungewöhnlich lang anhaltenden Prosperitätsphase und im Zuge der Wissenschaftlich Technischen Revolution (WTR) verstärkte sich objektiv die Nachfrage nach Arbeitskräften, auch für qualifizierte und wissenschaftliche Tätigkeiten. WTR bedeutet vor allem: Automatisierung der Produktion, Anwendung der Informationstechnologie aber auch auf Leitung, Forschung, Konstruktion, Arbeitsorganisation und Kommunikation. Wie bei jeder technischen Revolution ist hiermit die sprunghafte Ausdehnung der unmittelbaren Anwendung der Wissenschaft als Produktivkraft verbunden. Man brauchte plötzlich mehr Programmierer, Konstrukteure, Ingenieure, Laboranten etc. aber auch fähige Kräfte für die umfangreicher werdende Arbeitsorganisation. Diese mussten jetzt zum Teil vermehrt aus der Arbeiterklasse rekrutiert werden. Entsprechend stiegen aber auch die Anforderungen an die Facharbeiter: Chemiarbeiter, Schlosser, Elektriker, Werkzeugmacher, Textilarbei-

ter... und Angestellten, welche vermehrt diese Maschinen anwenden mussten. Mit dem insgesamt steigenden Wirtschaftswachstum, welches zu diesem Zeitpunkt das Wachstum der Produktivität noch übertraf (der Umfang der Produktion wuchs schneller als die Produktion rationalisiert wurde) stieg aber auch weiterhin die Nachfrage nach billigen, „ungelernten“ Kräften für die Produktion.

Die Erämpfung von Arbeitszeitverkürzungen wie der freie Samstag und die vierzig Stunden Woche und das Erzwingen von Überstundenzuschlägen durch die Gewerkschaften und unter dem Eindruck der DDR taten im Westen ihr Übriges diese Nachfrage zu fördern.

Konnte das westdeutsche Kapital in den 50ern noch einigermaßen mit Republikflüchtlingsrechnen, reichten diese als bald nicht mehr aus (nicht nur wegen des Mauerbaus!). Während beträchtliche Teile der deutschen Arbeiterklasse einen nominellen, realen und zum Teil auch relativen Aufstieg infolge von Klassenkampf und Qualifizierung erfahren wurde die Arbeitskraftlücke in der Breite mit den so genannten Gastarbeitern aus Südeuropa und Anatolien „gestopft“.

In dieser Zeit wurde, auch unter dem Eindruck des Kampfes der Arbeiterbewegung und der Arbeiterjugendbewegung etliche Gesetze beschlossen und Maßnahmen eingeleitet die dem Regulierungsbedürfnis der neuen Qualifikationsanforderungen und der Kampfkraft der arbeitenden Menschen, vor allem der arbeitenden und lernenden Jugend, entgegen kamen. Genannt sein hier nur die Novelle des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) 1969 und das Jugendarbeitsschutzgesetz (JASchG) von 1976. Im Zuge des Klassenkampfes der Arbeiter und Angestellten und auch der Kämpfe der Studenten wurden auch die Bedeutung der Berufsschulen und ihre Unabhängigkeit gegenüber den kapitalistischen Einzelinteressen, sowie die Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Azubis und ihrer Gewerkschaften gestärkt. So konnte zum Beispiel in Folge einer Kampagne der Arbeiterjugend die oben beschriebene Gewerbeordnung in Bezug auf ihre Maßgeblich-

keit für die Berufsausbildung gekippt werden. Auch wurde z.B. in den Berufsschulen der Allgemeinbildende Unterricht gestärkt und weitgehend nicht mehr mit dem extrem chauvinistischen Inhalt und der erreaktionären Weise durchgeführt wie vordem.

Was nicht geleistet werden konnte war jedoch eine polytechnische Ausbildung oder gar umfassende Mitbestimmung der Azubis und ihrer Vertretungen durchzusetzen, wie sie z.B. in der DDR existierten. Die Massenhafte Schikanierung Auszubildender und ihr Missbrauch als billige Arbeitskräfte blieben Alltag von Millionen gerade in kleineren Betrieben, die weniger auf Qualifizierung setzen, sondern nach billigen Handlangern Ausschau halten. Es wurden auch in der alten BRD Lehrling durch Lehrling ersetzt statt übernommen. Ein Lehrlingslohn reichte auch damals nicht zum Überleben. Noch konnte das Recht auf eine qualifizierte Ausbildung im dualen System nicht durchgesetzt werden.

### **Und heute...**

Heute macht sich das Kapital genau diese Tatsachen zu Nutze. Seitdem sich das Kapital seit Mitte der Siebziger keiner Vollbeschäftigung und seit Anfang der Neunziger keinem Sozialismus mehr gegenüber sieht hat sich im Verhältnis zu den „rosigen“ Zeiten einiges verschoben. Da nicht mehr so viele Arbeitskräfte gebraucht werden, werden eben auch nicht mehr so viele ausgebildet. Und das obwohl das Bundesverfassungsgericht 1980 die Unternehmer auf ein auswahlfähiges Angebot von 112% der Lehrstellensuchenden verpflichtet hat.

Elitebildung ist auch in der Berufsausbildung die Losung der Stunde. Und selbst bei der Ingenieurausbildung und in anderen qualifizierteren Berufen geht das Kapital dazu über Ausbildungszeit möglichst produktiv einzubinden und die gesamte Ausbildung (soweit der Einfluss reicht auch in den BBSen) betrieblich auszurichten. Neben dem wird kein betrieblicher, tariflicher oder politischer Anlass ausgelassen die Kosten der Ausbildung durch Arbeitszeitverlängerung oder das Einfrieren bzw. Absenken der Vergütungen zu drück-

ken. Wo, wann und wie sich die Azubis ihre beruflichen und allgemeinen Qualifikationen abholen bleibt dann ihnen überlassen. Gerade in klein- und mittelgroßen Betrieben und in Dienstleistung, Verwaltung und Handel werden Azubis durchgehend als billige Arbeitskräfte missbraucht. Sie sind es, auf die die ungeliebtesten Arbeiten abgewälzt werden. Sie sind den Vorgesetzten am schutz- und rechtlosesten ausgeliefert. In vielen Branchen und Berufen entspricht ihre Vergütung gerade mal einem Drittel des Branchenüblichen Schnitts. Und auch wenn Azubis während ihrer Lehrzeit nahezu unkündbar sind, so sind sie mit Vertragsende, bzw. nach Ablauf geltender tariflicher Übernahmeregelungen, problemlos zu „entsorgen“.

Aber auch in der gewerblichen Ausbildung in Großbetrieben wird mehr und mehr der Anteil produktiver Tätigkeiten erhöht. Dies ist an und für sich nicht problematisch, wenn nicht der zunehmende Umfang dieser Arbeiten andere vorgesehene Ausbildungsinhalte hinten runterfallen lassen würde. Verstärkt werden von Unternehmerseite Versuche vorangetrieben die Bedingungen der Berufsausbildung um Jahrzehnte zurückzuschrauben.

Angefangen bei in einzelnen Branchen erzwungenen halbjährigen oder ganzjährigen Übernahmeregelungen. Die Übernahme ist für die Azubis nicht nur von Bedeutung um Berufserfahrung zu sammeln. Da sich die Ansprüche beim Arbeitslosengeld I nach dem Durchschnittsverdienst des letzten Berufsjahres richten sind mit dem Schleifen der Übernahme auch individuell und für die ganze Klasse erhebliche materielle Einbußen verbunden. Berühmt sind die „Vorschläge“ und Maßnahmen zur Einführung von zweijährigen Schmalspurausbildungen. Beispielhaft steht dabei das Ansinnen Ausbildungsberufe wie „Gaderobenfachkraft“ oder „Parkwächter“ einzuführen. Ähnlich wie bei den 1 Euro Jobs handelt es sich hierbei um einen weiteren plumpen Versuch zur Ausweitung des Niedriglohnssektors. Realistische Übernahmeregelungen oder gar ein Einstieg in den so genannten 1. Arbeitsmarkt sind nicht zu erwarten. Nach Anlern-

zeiten von ein paar Stunden wird der Job vom Azubi erledigt bis er /sie vom nächsten ersetzt wird. Weiterhin steht der 2. Berufschultag im Visier des Kapitals. Meistens gibt es ihn zurzeit eh nur im ersten Lehrjahr. Mit dieser Maßnahme wird einerseits die betriebliche Ausrichtung der Ausbildung gefördert, was Chancen auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert. Andererseits wird die produktive betriebliche Verfügbarkeit der Azubis erhöht. Den Knaller brachte letztes Jahr BDA Chef Hundt als er mit dem „Teilen der Ausbildungsvergütungen“ eine Halbierung der selbigen forderte. Die Hartz Vorschläge, die erstmalig mit der Auseinandersetzung um Hartz IV die ihnen gebührende Berühmtheit erlangten beinhalteten die Wiedereinführung eines Lehrgeldes. Das lief damals unter dem Ticket „Ausbildungswertpapiere“, die Familien für ihre Kinder ansparen und als Geldgeschenke an die Unternehmer den Bewerbungsunterlagen auf einen Ausbildungsplatz quasi beilegen sollten. Bezeichnend ist das die Wiedereinführung von Kopfnoten und damit eine drastische Verstärkung des erzieherischen und disziplinarischen Elements zuerst an BBSen eingeführt wurde. Auch aufgrund des Mangels an betrieblichen Ausbildungsplätzen nehmen die Zahl der rein schulischen Ausbildungsgänge und die Zahl der Azubis dort zu. Für viele schulische Ausbildungen wird Schulgeld erhoben, was die Situation etlicher Jugendlicher und ihrer Familien stark verschlechtert. Für die Unternehmer entsteht der Mitnahmeeffekt, dass die Jugend an „Lehrgeld“ gewöhnt wird. Außerdem werden durch diese Maßnahmen, wie im Falle der außerbetrieblichen Ausbildungsstätten, die Unternehmen mehr und mehr aus der Pflicht genommen. Im Osten entfällt auf die außerbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen bereits jede zweite Lehrstelle; im Westen ist die Tendenz steigend. Schlechtere, bis gar keine Vergütungen (z.T. unter der Hälfte der üblichen tariflichen Vergütung), keine oder kaum Mitbestimmungsrechte, keine Möglichkeit zur Übernahme und bei den Unternehmen nicht so angesehene Abschlüsse sind die Begleiterscheinungen dieser Entwicklung. In Hamburg haben wir im letzten Jahr

den Versuch der direkten Inbesitznahme von BBSen durch die Kammern erlebt. Die Jahrhunderte alte Regelung, dass nur ein Meisterbetrieb ausbilden darf wurde sogar, wenn auch zeitlich befristet, von der derzeitigen SPD Regierung ausgesetzt. Dies alles geschieht vor dem Hintergrund des im Verhältnis zur Massenarbeitslosigkeit noch dramatischeren Ausbildungsplatzmangels. Das Kapital hat nach wie vor ein Interesse an einer gewissen Anzahl qualifizierter Arbeitskräfte, es will diese bloß möglichst billig bekommen. Und außerdem will es nicht auf die billige Arbeitskraft Azubi verzichten. Demgegenüber steht jedoch das eindeutige Interesse aller Jugendlichen nach einer Ausbildung, die beruflich im Betrieb eine Zukunft bietet, mit der man auf dem Arbeitsmarkt und also auch in anderen Betrieben und Branchen Chancen hat, während man ein Einkommen bezieht von dem man leben kann und die einen nicht nur fachlich weiterbringt sondern einem auch hilft sich als „ArbeitnehmerIn“ in den Kämpfen unserer Zeit zurechtzufinden.

### **Arbeitsfragen:**

1. In welchem Zusammenhang stehen berufliche Bildung und Produktion/Produktivkraftentwicklung?
2. Wie verhalten sich die Interessen von Kapitalisten und Azubis/Lehrstellensuchenden/der Arbeiterklasse geschichtlich und aktuell in Bezug auf die Qualität der Ausbildung zueinander?
3. Worin besteht der Widerspruch zwischen Einzelkapital und Gesamtkapital im Bezug auf Ausrichtung, allgemeinverbindliche Regelung und Qualität der Ausbildung? Worin unterscheiden sich Ausbildung in Klein und Großbetrieben i.d.R. voneinander? Benennt Beispiele! Können wir diese Widersprüche in unserem Kampf (in unserer Kampagne) nutzen?

### **>> Impressum**

**Die SDAJ-Bildungszeitung wird herausgegeben von der Bildungs-AG des Bundesvorstandes. Erscheinungsweise: 2x jährlich**